

Kein Gefahrgutterminal in Gustavsburg

15.05.2022

Auf breite Unterstützung durch die anderen Parteien stieß der Antrag der Freien Wähler, die Genehmigung für das Gefahrgutterminal in Gustavsburg wieder aufzuheben. Das Regierungspräsidium und die Landesregierung sollen das Verfahren nochmal überprüfen. Die Bürger*innen wurden, ebenso wie die Kommunalpolitik, durch die Presse darüber in Kenntnis gesetzt, dass das Container- nun zu einem Gefahrstoffterminal erweitert wird. Die Gefahren würden sich dabei nur auf das Betriebsgelände beschränken und die Bevölkerung nicht tangieren.

Völlig unberücksichtigt blieben die Risiken der Transporte mitten durch unsere Stadt, durch diese rollen sie eben nun mal. Dagegen wendet sich diese Resolution. Die Freien Wähler fordern den Betreiber des Terminals und das Regierungspräsidium auf, endlich eine Informationsveranstaltung durchzuführen!

In einem gemeinsamen Antrag mit CDU und FDP wird der Magistrat beauftragt sich zügig um eine Wiederherstellung des Rad- und Fußweges auf der Nonnenau zu bemühen. Durch die Schließung des Hofgut Langenau ist dieser unterbrochen. Hier sollen schnell Lösungen gefunden werden, damit dieser landschaftlich reizvolle Weg wieder befahren werden kann.

Nicht nur in der Bevölkerung, auch in den Reihen der Freien Wähler wurde das Bauvorhaben in der Stegstraße kontrovers diskutiert. Auf der einen Seite steht die Schaffung von neuem, dringend benötigtem und bezahlbarem Wohnraum in unserer Stadt – dem gegenüber stehen Belastungen, z.B. durch die bereits jetzt schwierige Parkplatzsituation. Die von den Freien Wählern initiierte Ertüchtigung des Parkplatzes am Anglerheim kann nur der erste Schritt gewesen sein, wir werden uns weiter aktiv für Verbesserung einsetzen.

Das Ergebnis der Abwägung spiegelte sich auch im gemischten Abstimmungsverhalten der Freien Wähler wider.

Zugestimmt haben die Freien Wähler dem gemeinsamen Antrag der AG Altrheinufer zur Erstellung eines Konzeptes mit Varianten für die Umgestaltung des Ginsheimer Altrheinufers. Nach Erstellung soll dieses wieder in den Gremien beraten werden, um das weitere Vorgehen zu entscheiden.

Verlassen haben diesen gemeinsamen Weg aller Fraktionen kurzfristig die Fraktionen von CDU und FDP, indem sie einen gemeinsamen Antrag eingebracht haben. Diesem konnte nicht zugestimmt werden, da er bereits Festlegungen enthielt, die einem Konzept mit offenen Varianten entgegenstehen.